



For dem gemeinsam eine Gesetzgebung zur Reform der Eingliederungshilfe (von links): Christian Lemper (Geschäftsführer Lebenshilfe Lübbecke), Karl-Heinz Haseloh (SPD-Landtagsabgeordneter), Birgit Hartzel (stellvertretende Landrätin), Inge Howe (SPD-Landtagsabgeordnete), Ernst-Wilhelm

Rahe (SPD-Landtagskandidat), Dr. Fritz Baur (erster Landesrat beim Landschaftsverband), Günter Meyer (stellvertretender Bürgermeister Randen), Wilfried Röhling (Geschäftsführer Lebenshilfe Lübbecke) und Horst Bohmann (Vorstandsvorsitzender Lebenshilfe Lübbecke).

Leistungsniveau ist gefährdet

Kostenentwicklung für Eingliederungshilfe von Behinderten explodiert

Lübbecke (WB). Der Ort war gut gewählt und mit Dr. Fritz Baur, erster Landesrat im Landschaftsverband Westfalen-Lippe, ein kompetenter Ansprechpartner aus Münster angereist. In der Lebenshilfe Lübbecke haben sich rund 30 Vertreter von Kommunen sowie aus Einrichtungen der Behindertenhilfe Ostwestfalen-Lippes getroffen, um die Kostenentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen zu diskutieren.

Horst Bohmann, Vorstandsvorsitzender der Lebenshilfe Lübbecke, unterstrich die besonderen Hilfeleistungen seiner Behinderteneinrichtung: »Aus unserer Bastelstube aus dem Jahr 1962 ist eine Unternehmensgruppe mit drei Gesellschaften und einer Stiftung geworden.«

Die Lebenshilfe Lübbecke unterhält heute Werkstätten an sieben Standorten. Hinzu kommen sechs Wohnheime, Kindergärten, ambulante und familienunterstützende Dienste. »Etwa 500 Mitarbeiter versorgen 1500 leistungsberechtigte Menschen mit Behinderungen und ihre Familien.« Leistungen, die rechtlich begründet und unverzichtbar sind.

»In Nordrhein-Westfalen geben die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe für die Eingliederungshilfe rund drei Milliarden Euro für 115 000 Leistungsberechtigte aus«, erklärte Dr. Fritz Baur. »Wir sind ein verlässlicher Partner sowohl für die betroffenen Familien als auch für die Einrichtungen.« Zugleich stellte er fest, dass aufgrund der demographischen Entwicklung die Zahl der Menschen mit besonderen Unterstützungsbedarfen seit Jahren erheblich zunimmt, auch begründet durch den medizinischen Fortschritt.

»Diese Entwicklung trägt aber

dazu bei, dass unser Landschaftsverband genauso wie die Kreise und Kommunen die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit erreicht haben«, warnte Dr. Baur. »Wir kämpfen mit jährlichen Mehrausgaben in den Sozialhilfehaushalten von fünf Prozent.« Der LWL sehe daher die Sicherung des erreichten Leistungslevels in der Behindertenhilfe gefährdet.

»Wir erhalten unsere Gelder durch die Umlagen aus den Kreisen und Kommunen, die finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen.« So flossen beispielsweise im Jahr 2008 in den Kreis Minden-Lübbecke 65 Millionen Euro Eingliederungshilfe seitens des Landschaftsverbands. Insgesamt lagen die Sozialausgaben des LWL im Mühlenkreis bei 111 Millionen Euro. Umgekehrt zahle der Kreis Minden-Lübbecke 52,5 Millionen Euro als Umlage an den Landschaftsverband.

Bund mit ins Boot nehmen

Eine Lösung könne sein, den Bund an der Finanzierung zu beteiligen. »Die Mitverantwortung des Bundes darf sich nicht nur auf die Schaffung der anspruchsbegründeten Rechtsgrundlagen beschränken, sondern muss auch die Beteiligung an den erforderlichen finanziellen Mitteln umfassen«, machte Dr. Fritz Baur deutlich. Verhandelt werden soll hierüber in der

Gemeindefinanzkommission des Bundes, die am 3. März zum ersten Mal zusammengetreten ist.

»In den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, ein flächendeckendes Netz an ambulanten und stationären Angeboten für Menschen mit Behinderungen aufzubauen. Dies darf in einer Situation, in der die kommunalen Einnahmen deutlich zurückgehen, nicht gefährdet werden«, unterstrich Landtagsabgeordneter Karl-Heinz Haseloh, SPD, die Handlungsnotwendigkeit.